



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'économie DFE  
**Surveillance des prix SPR**

A L'ATTENTION DU CONSEIL FEDERAL

**Prise de position du Surveillant des prix concernant le  
Bericht Finanzbedarf der SRG SSR 2007-2010  
du 19 juin 2006**

**Mit ergänzender Stellungnahme vom 1. Dezember 2006**

Berne, le 27 octobre 2006 / 1. Dezember 2006

**Table des matières**

Zusammenfassung und Empfehlung.....	I – VI
Ergänzende Stellungnahme vom 1. Dezember 2006.....	VI – X
<b>1 Introduction.....</b>	<b>3</b>
1.1 Remarques générales.....	3
1.2 Compétence du Surveillant des prix.....	3
1.3 Besoins financiers de la SSR.....	3
1.4 Nouvelle présentation des besoins financiers.....	4
1.5 Appréciation.....	4
<b>2 Charges de la SSR.....</b>	<b>4</b>
2.1 Plan financier 2007-2010 – Différence entre les rapports Finanzbedarf SRG SSR 2007-2010 et Finanzperspektiven 2006-2010.....	4
2.2 Besoins financiers pour le maintien de l’offre de programmes.....	6
2.3 Bedarf Leistungsveränderungen.....	7
2.4 Berufliche Vorsorge.....	9
2.5 Wiederherstellung des Eigenkapitals.....	9
2.6 Swissinfo.....	10
2.7 Unités d’entreprises radio et télévision de la SSR.....	10
2.7.1 Evolution des coûts des unités d’entreprises.....	10
2.7.2 Coûts des unités d’entreprises et bassin de population.....	12
2.7.3 Coûts des programmes et audimat.....	13
2.8 Coûts de l’unité d’organisation Direction générale (DG).....	13
<b>3 Produits de la SSR.....</b>	<b>15</b>
3.1 Publicité et parrainage.....	15
3.2 Empfangsgebühren.....	17
3.2.1 Entwicklung der Wohnbevölkerung 2000-2005.....	17
3.2.2 Haushalte mit Fernseher 2005.....	18
3.2.3 Haushalte mit Radioempfangsgeräten 2005.....	18
3.2.4 Haushaltwachstum 2005-2010.....	19
3.2.5 Entwicklung der Haushalte mit Fernseher und/oder Radio 2005-2010.....	19
3.2.6 Schlussfolgerung zu den Empfangsgebühren.....	20

# Zusammenfassung und Empfehlungen des Preisüberwachers

## Beurteilungsrahmen des Preisüberwachers

### **Worauf sich der Preisüberwacher stützt** (siehe Kap. 1)

Die Preisüberwachung hat bei behördlich festgesetzten oder genehmigten Preisen ein Empfehlungsrecht gegenüber der Entscheidbehörde. In Art. 14, Abs. 2 des Preisüberwachungsgesetzes heisst es: „Die Behörde führt die Stellungnahme (des Preisüberwachers) in ihrem Entscheid an. Folgt sie ihr nicht, so begründet sie dies.“

### **Was der Preisüberwacher überprüft und nicht überprüft**

- Der Preisüberwacher überprüft nur den von der SRG SSR angemeldeten Finanzbedarf.  
Er überprüft jedoch *nicht* den Gebührenanteil, der aufgrund des Splittings neu an die lokalen Radio- und Fernsehgesellschaften bezahlt werden soll. Dessen Festlegung ist ein politischer Entscheid.
- Er überprüft den *zusätzlichen* Finanzbedarf, resp. die einzelnen Komponenten des Bedarfs der SRG SSR und ihre *Veränderungen*.  
Er überprüft *nicht* den Bedarfssockel, mit anderen Worten, er beurteilt nicht die Effizienz und Kostenstruktur des Unternehmens SRG SSR als Ganzes. (Die Wirtschaftlichkeitsanalyse war Gegenstand der Prüfung durch die Eidg. Finanzkontrolle.)
- Er beurteilt *nicht* die Notwendigkeit jener Zusatzkosten, die sich aus dem RTVG oder technischen Veränderungen zwingend ergeben. In Zweifelsfällen macht er in den folgenden Empfehlungen den Bundesrat auf den Entscheidbedarf aufmerksam, insbesondere bei neuen Ausgaben, die medienpolitisch zu beurteilen und zu begründen sind oder die von der SRG SSR quasi auf Vorrat angemeldet werden.

## Empfehlungen an den Bundesrat

### **1. Leistungsveränderungen (Leistungsausbau)** (siehe Kap. 2.1 und 2.3)

Die von der SRG SSR geplanten Leistungsveränderungen 2007-2010 gliedern wir in drei Entscheidkategorien (Auflistung gemäss Tabelle 7 im nachfolgenden Bericht):

- a) Vom neuen RTVG ausgelöste Mehrkosten: 8 Mio. Fr. p.a.
- b) Technische Projekte: 40 Mio. Fr. p.a. Diese Projekte sind als unternehmerische Entscheide zu betrachten. Deren Effizienz wird vom BAKOM bejaht. (Von den 40 Mio Fr. Mehrkosten sind 16 Mio Fr für neue Projekte erst im Jahr 2006 zusätzlich angemeldet worden.)
- c) Projekte im Programmbereich: 21 Mio. Fr. p.a. Diese Projekte sind vom Bundesrat medienpolitisch zu beurteilen. Sie sind zum Teil von der

Konzessionsbehörde noch nicht beschlossen worden. (Von den 21 Mio Fr. Mehraufwand werden 15 Mio jetzt erst im Finanzbegehren von 2006 geltend gemacht.)

**Empfehlung 1 : Erweiterungsprojekte**

*Dem Bundesrat wird empfohlen, die geplanten Projekte zur Programmerweiterung zuerst nach medienpolitischen Kriterien zu beurteilen. Erst danach sind sie allenfalls in den Finanzbedarf der SRG SSR einzubeziehen. (Dies betrifft im Durchschnitt der vier Jahre 21 Mio. Fr. jährliche Mehrkosten).*

**2. Berufliche Vorsorge: Arbeitgeberrisiken** (siehe Kap. 2.2 und 2.4)

Die SRG SSR begehrt für die berufliche Vorsorge jährlich zusätzliche 23 Mio. Fr. für mögliche künftige Arbeitgeberrisiken (z.B. für den Teuerungsausgleich auf den Renten, für Kosten bei der Senkung des technischen Zinssatzes oder des möglichen Wechsels vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat).

**Empfehlung 2 : BVG-Zahlungen (Arbeitgeberrisiken)**

*Dem Bundesrat wird empfohlen, diese Mehrausgaben von jährlich 23 Mio. Fr. von verbindlichen Entscheidungen der Organe der SRG-Pensionskasse hinsichtlich der Senkung des technischen Zinssatzes von 4% auf 3,5% und/oder des Wechsels vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat abhängig zu machen. Die erwähnten Entscheide sind bis anhin nicht gefällt worden, womit der Mittelbedarf zur Zeit nicht ausgewiesen ist. Allenfalls ist zur finanztechnischen Ueberprüfung ein unabhängiger Pensionskassenexperte beizuziehen.*

**3. Wiederherstellung Eigenkapitalquote** (siehe Kap. 2.5)

Die SRG SSR begehrt zusätzlich 7 Mio. Fr pro Jahr, um eine Eigenkapitalquote von 50% sicherzustellen, weil diese im laufenden Jahr voraussichtlich unterschritten wird.

**Empfehlung 3 : Ausgleich der Eigenkapitalquote**

*Dem Bundesrat wird empfohlen, die 7 Mio. Fr. Mittelbedarf pro Jahr für die Sicherstellung der Eigenkapitalquote zu streichen, weil die von der SRG SSR angestrebte Quote von 50% gemäss Berechnungen der Preisüberwachung in den kommenden Jahren auch ohne diesen Kapitalzuschuss erreicht werden kann.*

**4. Online-Angebote: Swissinfo** (siehe Kap. 2.6)

Wir beschränken unsere Empfehlung auf die Erhöhung der Kosten für Swissinfo von 25 auf 29 Mio. Fr., für deren Kosten der Bund gemäss Gesetz zu 50 % aufkommen muss. Die Erweiterung der anderen Online-Angebote lassen sich unter der Kategorie der unternehmerischen Entscheide der SRG SSR subsumieren.

Swissinfo stellt eine im öffentlichen Interesse liegende gemeinwirtschaftliche Leistung dar. Obschon dies aus finanzpolitischen Gründen bisher abgelehnt worden ist, müsste die Präsenz im Ausland aus öffentlichen Mitteln (z.B. von „Präsenz Schweiz“) finanziert werden. Überdies sind Kosteneinsparungen durch vermehrte Synergien denkbar, konkret durch die Übernahme von SRG SSR-Programmen in die Sendungen von Swissinfo.

**Empfehlung 4 : Swissinfo**

*Swissinfo ist eine gemeinwirtschaftliche Leistung, welche über Steuern finanziert werden sollte. Dem Bundesrat wird deshalb empfohlen, zumindest die Kosten eines allfälligen weitren Ausbaus von Swissinfo künftig ganz über Steuermittel sicherzustellen (Mehrkosten pro Jahr 1,5 Mio Fr.)*

**5. Kosten in der Generaldirektion** (siehe Kap. 2.8)

Die Zuteilung der Ausgaben auf die Generaldirektion basiert naturgemäss auf buchhalterischen resp. unternehmerischen Ermessensentscheiden darüber, wie viel an Gemeinkosten und Querschnittsaufgaben der Zentrale und wie viel davon den Unternehmenseinheiten rechnerisch zugeordnet wird. Eine entsprechende „Kostenauslagerung“ von der Zentrale an die Unternehmenseinheiten ist bereits 2001 einmal durchgeführt worden. Trotzdem sind die Kosten der Generaldirektion nach dieser Lastenverlagerung von 109 Mio Fr. im Jahr 2001 auf 156 Mio im Jahr 2005 gestiegen und sie werden bis 2007 nun auf 184 Mio. Fr hinaufschnellen und danach in den Finanzplanjahren 2007 bis 2010 stabil bleiben (Grafiken Seite 14 nachstehend).

Die Rückfragen bei der SRG SSR zu den Ursachen dieses Kostensprungs bei den sog. „Konzernleistungen“ der Generaldirektion veranlassen uns zur Feststellung, dass immer mehr Aufgaben und Ressourcen zentralisiert resp. Fremdbeschaffungen zentral eingekauft und dann an die Unternehmenseinheiten zugeteilt werden. Es findet eine Umlagerung der Leistungs- und Finanzströme statt, die vermehrt über den „Wasserkopf“ Generaldirektion laufen.

**Empfehlung 5 : Generaldirektion**

*Die Kostenzuordnung zur Generaldirektion basiert auf betriebswirtschaftlichen und buchhalterischen Ermessensentscheiden, die der Preisüberwacher nicht beurteilen will. Festzustellen ist eine laufende Zentralisierung von Aufgaben und Kosten in der Generaldirektion.*

*Es ist am Bundesrat zu entscheiden, ob er diese Entwicklung und die Konzernstruktur überprüfen lassen will. Die Ergebnisse sollten allerdings nicht kurzfristig mit der Empfangsgebühren-Festsetzung, sondern allenfalls später bei der Erneuerung der Konzession geltend gemacht werden.*

**6. Ertragsseite: Werbeeinnahmen und Empfangsgebühren** (siehe Kap. 3.1 und 3.2)

Die SRG SSR bzw. die Billag unterschätzen unseres Erachtens die heutige und künftige Zahl der Haushalte in der Schweiz und entsprechend das Ertragspotential aus

Empfangsgebühren. Gemäss Berechnung der Preisüberwachung sollten die Erträge aus den Empfangsgebühren bis 2010 um 88 Mio. Fr. höher liegen als von Billag geplant. Daraus resultieren für den Zeitraum 2007-2010 durchschnittliche jährliche Mehrerträge (gegenüber den Angaben von Billag) von 37 Mio. Fr. Dieses Ergebnis basiert auf der Annahme, dass die Gebühreneinnahmen im Jahr 2007 5 Mio. Franken, 2008 15 Mio. Fr., 2009 40 Mio. Fr. und im Jahr 2010 88 Mio. Fr. höher ausfallen als von der Billag angegeben (Total 148 Mio. Franken dividiert durch 4 ergibt durchschnittlich 37 Mio. Fr.).

Die Entwicklung der Werbe- und Sponsoringeinnahmen bis zum Jahr 2010 jedoch ist ausserordentlich schwer einzuschätzen. Die Preisüberwachung kann sich zur Zuverlässigkeit der von der SRG SSR präsentierten Schätzung nicht äussern, räumt aber ein, dass das Hauptrisiko der gesamten SRG SSR-Rechnung in Zukunft sicher in dieser Einnahmenkategorie liegen wird.

### **Empfehlung 6 : Ertragsprognosen**

*Dem Bundesrat wird empfohlen, beim Finanzbedarf 2007 – 2010 den Betrag von 37 Mio. Fr. pro Jahr abzuziehen, weil sowohl das aktuelle Niveau als auch die Entwicklung der Haushaltszahl und entsprechend das Ertragspotential aus den Empfangsgebühren von der SRG SSR bzw. der Billag unterschätzt werden.*

*Es ist am Bundesrat zu entscheiden, ob er die Prognoserisiken bei den Einnahmen aus den Werbe- und Sponsoringgeldern (Konjunkturrisiko, Risiken aus Veränderungen der Werbелandschaft) kompensatorisch einbeziehen will.*

## **7. Unternehmenseinheiten und Regionen (siehe Kap. 2.7)**

Aufgrund der (nach unserer Einschätzung nachvollziehbaren) Aufgliederung der Unternehmenskosten nach Unternehmenseinheiten stellt die Vollversorgung der drei Sprachregionen mit je zwei bis drei Radio- und Fernsehprogrammen pro Region und dezentralen Studioeinrichtungen den grössten „Kostenblock“ dar. So sind die Fernsehkosten pro Haushalt in der italienischen Schweiz rund sechs mal höher als in der Deutschschweiz.

### **Empfehlung 7 : Versorgungsauftrag in den Landesteilen**

*Der Preisüberwacher enthält sich jeder Wertung der Vollversorgung der drei Landesteile, da es sich um eine medienpolitische Frage handelt. Sollte der Bundesrat aber tatsächlich grössere Einschnitte beim Finanzbedarf der Unternehmung SRG SSR vornehmen wollen oder müssen, dann liesse sich dies nicht bloss durch die hier empfohlenen, recht begrenzten Sparmassnahmen, sondern nur durch eine grundlegende Überprüfung der Vollversorgung aller drei Sprachregionen erreichen.*

## **8. Längerfristige Kostenperspektiven**

Für die öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanbieter sind die qualitativen Veränderungen in der Urheberrechtsfrage und bei den Senderechten europaweit längerfristig wohl die grösste Herausforderung im Kostenbereich. Im Zeitraum 1998 bis 2006 haben sich z.B. alle TV-Rechte der vier grossen internationalen

Sportveranstaltungen (Fussball WM und EM, Olympische Sommer- und Winterspiele) mehr als verzehnfacht und sie beliefen sich im Spitzenjahr 2006 auf 2,4 Milliarden Franken.

Im Zeitraum 2005-2010 werden die Kosten für die Sportübertragungen (im gleichen Leistungsrahmen) für die SRG SSR mit einer Erhöhung von 59 auf 90 Mio. Fr. prognostiziert. Danach werden diese Aufwendungen wohl noch viel stärker anwachsen, wenn nicht geradezu explodieren, wenn man die Urheberrechts-Entwicklungen in der kommerziellen Sportszene (FIFA, UEFA, Olympics) in Betracht zieht. Es stellt sich die Frage, ob öffentlich-rechtliche und gebührenfinanzierte Medienanbieter den explodierenden Urheberrechtsansprüchen in einem Jahrzehnt noch standhalten können, oder ob private, kommerzielle Kanäle (Pay-TV) die öffentlich-rechtlichen ausmanövrieren können.

**Empfehlung 8 : Langfristige Kostenperspektiven bei Senderechten**

*Dem Bundesrat wird empfohlen, die längerfristigen urheberrechtlichen Rahmenbedingungen für die Medienlandschaft (z.B. Urheberrechte bei Fussball- und olympischen Veranstaltungen) zu analysieren und allenfalls die Sende- und Urheberrechte in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regierungen im Sinne einer Sicherung für die öffentliche Medienversorgung entsprechend zu gestalten.*

**Rekapitulation der Empfehlungen**

Zusammenfassend resultiert aus der Aggregation der Empfehlungen 1 bis 6 für die Jahre 2007 bis 2010 folgendes Sparpotenzial für die SRG SSR (die Empfehlungen 7 und 8 gehen über die Finanzplanperiode hinaus).

<i>Empfehlung</i>	<i>Thema</i>	<i>Empfehlung Pü in Mio. Franken</i>	<i>Potential Prüfung BR in Mio. Franken</i>
	<i>Aufwand</i>		
1	Leistungserweiterung mit medienpolitischer Dimension		21
2	Berufliche Vorsorge: Arbeitgeberrisiken		23
3	Ausgleich Eigenkapitalquote	7	
4	Swissinfo	1.5	
5	Generaldirektion	-	
	<i>Ertrag</i>		
6	Empfangsgebühren (unausgeschöpftes Potential)	37	
7	Versorgungsauftrag Landesteile	-	
8	Langfristige Perspektiven Senderechte	-	
	Total Preisüberwachung	45.5	
	Potential zur Entscheidung Bundesrat		44
	Antrag SRG SSR	72	
	<b>Zu genehmigender Finanzbedarf gemäss Pü</b>	<b>26.5</b>	

**Fazit:**

1. Der Preisüberwacher empfiehlt dem Bundesrat, für die SRG SSR eine maximale Gebührenerhöhung von 2.4% (26.5 Mio. Franken jährlich) zu genehmigen. Die Differenz zu dem von der SRG SSR geltend gemachten zusätzlichen Finanzbedarf von 72 Mio. Franken ergibt sich durch Kosteneinsparungen von insgesamt 8,5 Mio. Franken (Swissinfo 1,5 Mio. Franken, Ausgleich Eigenkapitalquote 7 Mio. Franken) sowie durch eine realistischere Einschätzung der Ertragssteigerung beim Gebühreninkasso von durchschnittlich jährlich 37 Mio. Franken. Dieser Feststellung liegt die Annahme zugrunde, dass die Gebühreneinnahmen im Jahr 2007 5 Mio. Franken höher ausfallen als geplant. Die entsprechenden Werte für die darauf folgenden Jahre belaufen sich auf 15 Mio. (2008), 40 Mio. (2009) und 88 Mio. (2010). Im Durchschnitt entspricht dies den erwähnten 37 Mio. Franken.
  2. Diese Gebührenerhöhung ist als Obergrenze zu betrachten. Zusätzlich sind nämlich die von der SRG SSR im Finanzplan geltend gemachten Kosten für Arbeitgeberrisiken in der Beruflichen Vorsorge von jährlich 23 Mio. Franken auf Grund (noch) fehlender Entscheide der Organe der SRG-Pensionskasse heute nicht ausgewiesen.
  3. Allfälligen weiteren Handlungsspielraum bzw. Sparpotential glaubt die Preisüberwachung am ehesten bei Leistungserweiterungen im Programmbereich auszumachen, die noch eines medienpolitischen Entscheides resp. einer behördlichen Genehmigung bedürfen. (Das Potential in diesem Bereich beträgt insgesamt 21. Mio Fr. pro Jahr, aufgeteilt auf verschiedene Leistungselemente.)
-

## **Ergänzende Stellungnahme vom 1. Dezember 2006**

Diese ergänzende Stellungnahme des Preisüberwachers zu seinen Empfehlungen Nr.2 und Nr.6 vom 27. Oktober 2006 basiert auf den Repliken der SRG SSR idée suisse vom 3. November 2006 und der Billag vom 2. November 2006, sowie auf dem Meinungsaustausch zwischen der Preisüberwachung und dem Bakom zu den divergierenden Punkten in den beiden Repliken. Die übrigen Empfehlungen des Preisüberwachers werden hier nicht mehr kommentiert und gelten unverändert.

### **Zu Empfehlung 2: BVG-Zahlungen (Arbeitgeberrisiken der SRG)**

Die von der SRG SSR vorgebrachten Argumente für höhere Empfangsgebühren zugunsten der Pensionskasse vermögen sachlich nicht zu überzeugen. Die Preisüberwachung ist nach der Stellungnahme der SRG umso mehr überzeugt, **dass die von der SRG geforderte Rückstellung von 23 Mio. Fr auf Vorrat für die virtuellen Arbeitgeberrisiken möglicher zukünftiger BVG-Zahlungen NICHT nötig ist:**

- Der Deckungsgrad in der Pensionskasse SRG ist mit 105,4 % ausreichend.
- Eine Senkung des technischen Zinssatzes wurde von niemand verlangt, die Experten hatten bloss angeregt, „d'étudier l'opportunité de la baisse du taux technique“. Angesichts des ausreichenden Deckungsgrades und der hohen aktuellen Börsenkapitalerträge drängt sich heute keine Voraus-Rückstellung zulasten der Empfangsgebühren auf.
- Ein Primatwechsel der Pensionskasse zum Beitragsprimat wurde nicht gefordert, ist nicht vorgesehen und benötigt auf jeden Fall keine vorgezogene Rückstellung aus Empfangsgebühren.

### **Zu Empfehlung 6: Ertragsprognosen für Empfangsgebühren**

Der Preisüberwacher hat sich aufgrund der Repliken nochmals gründlich mit der Ertragsprognose für die zukünftigen Empfangsgebühren befasst und die Werte der Billag und der SRG SSR zum Vergleich herangezogen. Wir hatten in dieser Sache auch Gespräche mit dem Bundesamt für Statistik über die Bevölkerungsszenarien geführt unsere Beurteilung mit dem Bakom verglichen. Aufgrund dieser erneuten Überprüfung kommen wir zu folgender Einschätzung:

- Die **Differenzen** der Ertragsprognosen zwischen der Preisüberwachung einerseits und den Prognosen von Billag / SRG SSR andererseits sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens auf unterschiedliche Annahmen der Bevölkerungsentwicklung und der zukünftigen Haushaltszahlen (Wachstumseffekt) und zweitens auf eine Differenz im Niveau der Ausgangslage im Jahr 2005 (Basiseffekt).
- **Beim Wachstumseffekt halten wir an unseren ursprünglichen Annahmen fest.** Wir gehen bei unserer Rechnung für die Zeit von 2005 bis 2010 von einem

Wachstum der Haushaltszahl von 0.7 % pro Jahr aus. Diese Annahmen treffen sich mit dem neuesten BFS-Szenario Bevölkerungsentwicklung mittlere Variante. Die Billag rechnet mit einem zweckpessimistischen, durch nichts zu begründenden Wert von nur +0,2 % pro Jahr. Im Vergleich dazu betrug die effektive Zuwachsrate der Haushalte in der Schweiz von 2000 bis 2005 immerhin 0.98 % pro Jahr. Die Annahmen der Billag für den Zuwachs der Haushalte in den nächsten Jahren sind u.E. unrealistisch tief gewählt.

Wir sind der Meinung, dass sich die Bundesstellen grundsätzlich auf das Bevölkerungsszenario des BFS als Planungsgrösse abstützen sollten. Das mittlere Bevölkerungswachstumsszenario ist u.E. realistisch und äusserst vorsichtig gerechnet, wenn man in Betracht zieht, dass wir derzeit durch die gute Konjunkturlage eine unerwartet hohe Zuwanderung erfahren und dass die durchschnittliche Haushaltgrösse tendenziell weiter abnimmt, also die Zahl der Haushalte überproportional wächst.

- **Bei der Ertragsschätzung des Ausgangsjahres (Basis-Effekt), übernehmen wir neu den von der Billag dargestellten Ist-Wert des Jahres 2005.** Die Korrekturen für Debitorenverluste etc, die die Billag/SRG aufgrund der realen Gebührenerträge für das Jahr 2005 geltend machen, werden von uns akzeptiert. Damit gehen wir von einem tieferen effektiven Wert des Jahres 2005 aus, wenden aber ausgehend von dieser Basis die oben erwähnte höhere Ertragswachstumsrate an.

Wir sind zur Auffassung gelangt, dass die Billag bei ihrer Fakturierungspraxis durchaus zu einer besseren Ausschöpfung der Nutzerhaushalte angehalten werden könnte, doch legen wir hier **vorsorglich** die effektiven, tieferen Empfangsgebührenerträge des Jahres 2005 zugrunde.

- Aufgrund dieser Voraussetzungen errechnen wir für die Jahre 2007 – 2010 durchschnittlich jährliche Mehrerträge aus den Empfangsgebühren von 31 Millionen Franken verglichen mit den (zu pessimistischen, zu tiefen) Ertragsprognosen der Billag.

Wir hatten in unserer ersten Stellungnahme vom 27. Oktober 2007 empfohlen, beim Finanzbedarf 37 Mio. Fr pro Jahr abzuziehen, was rund die Hälfte des ganzen, von der SRG SSR geforderten Mehrbedarfs (72 Mio. oder + 6,5%) entsprach. Nun beläuft sich unsere Kürzungsempfehlung auf die erwähnten 31 Mio. Franken. **Weil rund 10 % der Gebühreneinnahmen Dritten (Splitting u.a.) und nicht der SRG SSR zukommen, verbleiben der SRG Mehreinnahmen von rund 29 Mio. Fr gegenüber ihrem vorgelegten Finanzplan.**

(Die Billag hat in ihrer Replik vom 2. November 2006 ihre Angaben und Annahmen korrigiert, deshalb sind die Zahlen über die Abweichungen zwischen unserer ersten Empfehlung und dieser Ergänzung numerisch nicht ganz vergleichbar.)

## Rekapitulation der Empfehlungen (mit ergänzender Stellungnahme Pü)

Zusammenfassend resultieren aus der Aggregation der Empfehlungen 1 bis 6 für die Jahre 2007 bis 2010 folgende Abweichungen vom Finanzplan der SRG SSR (die Empfehlungen 7 und 8 gehen über die Finanzplanperiode hinaus).

<i>Empfehlung</i>	<i>Thema</i>	<i>Empfehlung Pü in Mio. Franken</i>	<i>Vorbehalt Prüfung BR in Mio. Franken</i>
	<i>Aufwand</i>		
1	Leistungserweiterung mit medienpolitischer Dimension		-21
2	Berufliche Vorsorge: Arbeitgeberrisiken	-23	
3	Ausgleich Eigenkapitalquote	-7	
4	Swissinfo	-1.5	
5	Generaldirektion	-	
	<i>./ Ertrag</i>		
6	Empfangsgebühren (Mehrertrag gegenüber SRG-Progn)	+29	
7	Versorgungsauftrag Landesteile	-	
8	Langfristige Perspektiven Senderechte	-	
	Total Sparmöglichkeiten nach Preisüberwachung	-60.5	
	Sparpotential zur Entscheidung Bundesrat		-21
	Antrag SRG SSR	+72	
	<b>Zusätzl.Finanzbedarf der SRG SSR gemäss Pü</b>	<b>+11,5</b>	

**Die Preisüberwachung gelangt aufgrund dieser ergänzenden Empfehlung für die Finanzplanperiode 2007 bis 2010 zu einem zusätzlichen Finanzbedarf von durchschnittlich rund 11 Millionen Franken pro Jahr gegenüber 2005 (vgl. die Forderungen der SRG SSR : +72 Mio Fr); und zusätzlich bleibt ein Spielraum mit einer vorbehaltenen Empfehlung bei den geplanten Leistungserweiterungen von weiteren 21 Mio. Franken.**

### Nachbemerkung

Die Generaldirektion SRG SSR hat in der Presse bereits aus dem vertraulich zur Stellungnahme unterbreiteten Empfehlungsdokument der Preisüberwachung zitiert und mit Personalentlassungen gedroht, sollte der Bundesrat dem Gebührenbegehren der SRG SSR nicht folgen (Interview Walpen, Sonntags-Zeitung vom 19.November 2006).

Wir halten zu diesen Aussagen klärend fest, dass keine der Empfehlungen der Preisüberwachung die **operative** Tätigkeit der Unternehmenseinheiten im Radio- oder Fernsbereich direkt tangiert. Unsere Empfehlungen implizieren keine Abweichung von der Lohnsumme, die die SRG SSR in ihrem Finanzplan vorsieht, und sie stellen den von der Unternehmung vorgesehenen Teuerungsanpassung nicht in Frage. Die Empfehlungen der Preisüberwachung, welche per saldo quantitativ ins Gewicht fallen, beziehen sich auf finanztechnische, bilanztechnische und prognostische Bereiche des Finanzplans der zentralen Buchhaltung. **Der Finanzbedarf für die operative Tätigkeit der sechs regionalen Radio- und Fernsehgesellschaften wird in der Empfehlung der Preisüberwachung nicht tangiert. Entlassungen in den regionalen Radio- und Fernsehgesellschaften, die über die Sparmassnahmen des Finanzplans der SRG**

**hinausgehen, lassen sich so nicht rechtfertigen.** (Wir verweisen im übrigen auf die Empfehlung Nr.7 der Preisüberwachung vom 27. Oktober 2006.)

Schliesslich möchten wir nochmals in Erinnerung rufen, dass sich die Empfehlungen der Preisüberwachung ausschliesslich auf den Finanzbedarf der SRG SSR beziehen. Die Anteile für Dritte (Splitting-Anteil, u.a.) werden in dieser Empfehlung nicht beurteilt und nicht in die Rechnungen einbezogen. **Die von uns berechneten Zahlen über den Finanzbedarf der SRG SSR dürfen also nicht mit den Zahlen über das Total der Empfangsgebühren (vom Bakom errechnet) gleichgesetzt werden.**

Preisüberwachung

Rudolf Strahm  
Preisüberwacher

Bern, 1. Dezember 2006

# 1 Introduction

## 1.1 Remarques générales

L'OFCOM a fait parvenir à la Surveillance des prix le 6 juillet 2006 pour prise de position au sens de l'art. 14 LSPR les indications de la SSR concernant ses besoins financiers pour les années 2007 à 2010 (Bericht an das UVEK vom 19. Juni 2006 Finanzbedarf SRG SSR Idee suisse 2007 - 2010). Pour l'établissement de la présente prise de position, le Surveillant des prix s'est basé en particulier sur le rapport précité, sur celui<sup>1</sup> du Contrôle fédéral des finances (CDF), sur les données complémentaires demandées et fournies par la SSR, Billag, l'OFS mais a aussi pris en compte d'autres documents tels que Perspectives financières 2006-2010, Budget 2006, rapports annuels SSR, rapports d'activités et comptes 2005 des unités d'entreprises et unités d'organisation.

L'examen de la Surveillance des prix ne porte que sur les besoins financiers présentés par la SSR. Il ne concerne donc pas en particulier l'augmentation de redevance qui va résulter de la modification du splitting (part de redevance attribuée aux autres diffuseurs radio et télévision) décidée par le Parlement.

## 1.2 Compétence du Surveillant des prix

La SSR est une entreprise média de droit privé puissante sur le marché dont les redevances sont soumises à l'approbation du Conseil fédéral. Selon l'art. 14 LSPr (RS 942.20), le Surveillant des prix dispose d'un droit de recommandation dès lors qu'une autorité législative ou exécutive de la Confédération, d'un canton ou d'une commune est compétente pour décider ou approuver une augmentation de prix proposée par les parties à un accord en matière de concurrence ou par une entreprise puissante sur le marché.

## 1.3 Besoins financiers de la SSR

Pour établir ses besoins financiers pour la période 2007-2010, la SSR distingue, conformément aux recommandations données par le Contrôle des finances, le financement supplémentaire requis, par rapport à l'année de référence 2005, pour le maintien des prestations actuelles respectivement pour l'augmentation des prestations (projets de développement des médias), cela dans les domaines radio, télévision et online. Les besoins financiers nets de la SSR sont obtenus en diminuant des coûts totaux des prestations (maintien et augmentation) les mesures d'économies et les recettes supplémentaires de la période et en y ajoutant le résultat financier et les fonds destinés à la reconstitution du capital propre.

Sur la base des chiffres présentés dans son rapport, les besoins financiers supplémentaires requis par la SSR pour la période 2007-2010 sont en moyenne supérieurs de Fr. 72 millions à l'année 2005, comme on le voit dans le tableau ci-après.

---

<sup>1</sup> Examen de la situation financières et de l'efficiences de SRG SSR idée suisse, Rapport à l'intention du DETEC, 29 mars 2006

Tableau 1 :

**Finanzbedarf SRG SSR 2007-2010: Abweichungen gegenüber 2005***Zusammenfassung Beilage 7.10 Bericht Finanzbedarf)*

(Mio SFR)	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt 2007-2010
Total Leistungsfortschreibung	26.450	62.381	38.231	73.174	50
Total Leistungsveränderung	45.763	61.270	75.807	91.995	69
<b>Total Mittelbedarf</b>	<b>72.213</b>	<b>123.651</b>	<b>114.038</b>	<b>165.169</b>	<b>119</b>
Total Einnahmen	-4.595	-18.280	-21.231	-33.624	-19
Sparen/Verzichten	-13.450	-40.970	-61.990	-63.000	-45
<b>Total Finanzierung</b>	<b>-18.045</b>	<b>-59.250</b>	<b>-83.221</b>	<b>-96.624</b>	<b>-64</b>
Finanzergebnis	4.211	8.111	10.411	12.411	9
Wiederherstellung Eigenkapital	7.000	9.000	9.000	9.000	9
<b>Total Finanzbedarf</b>	<b>65.379</b>	<b>81.512</b>	<b>50.228</b>	<b>89.956</b>	<b>72</b>

Les recettes supplémentaires annuelles de Fr. 72 millions requis par la SSR pour la période 2007-2010 représentent environ 6.5 % des redevances encaissées en 2005 (Fr. 1'114 millions).

## 1.4 Nouvelle présentation des besoins financiers

La nouvelle présentation des besoins financiers, voulue par le CDF, en séparant en particulier les coûts nécessaires au maintien de l'offre existante de ceux causés par la mise en vigueur de nouveaux projets (augmentation de l'offre) respectivement en séparant les mesures d'économie, rend quelque peu difficile voire parfois impossible une comparaison avec le passé. En effet, les charges d'exploitation des années 2000 à 2005 ne différencient pas les coûts.

## 1.5 Appréciation

L'appréciation de la Surveillance des prix porte principalement sur l'examen de la plausibilité des recettes supplémentaires de redevances requis par la SSR pour les années 2007 à 2010 pour remplir sa tâche. La Surveillance des prix n'examine donc pas le prix de base des redevances c'est-à-dire le prix socle. La Surveillance des prix renonce à se prononcer sur la nécessité de chacun des nouveaux projets, considérant que ceux-ci relèvent de décisions de l'entreprise et de la politique des médias. En outre, la Surveillance des prix a, pour des raisons de temps disponible, limité son examen à certains points respectivement à certaines positions de charges (cf. chap. 2) et de produits (cf. chap. 3) qui lui paraissaient importants.

## 2 Charges de la SSR

### 2.1 Plan financier 2007-2010 – Différence entre les rapports Finanzbedarf SRG SSR 2007-2010 et Finanzperspektiven 2006-2010

Comme mentionné, la nouvelle présentation des besoins financiers rend difficile le suivi de l'évolution, en particulier, des diverses charges réelles et planifiées. Une comparaison est toutefois possible sur la base des perspectives financières établies chaque année. Les plus récentes perspectives financières se rapportent aux années 2006 à 2010. Ayant constaté, comme le montre le tableau ci-après, pour les années 2007 à 2010, des différences importantes entre les besoins financiers planifiés (annexe 7.9 du rapport Finanzbedarf 2007-2010) et les charges

d'exploitation (p. 6 du rapport Finanzperspektiven 2006-2010), des éclaircissements ont été demandés à la SSR.

Tableau 2 :

(en mios de frs)	2007	2008	2009	2010	Moyenne
Total Mittelbedarf (annexe 7.9 Finanzbedarf)	1'611.1	1'662.6	1'653.0	1'704.1	1'657.7
Total Betriebsaufwand (p. 9 Finanzperspektiven)	1'570.8	1'586.0	1'546.9	1'579.6	1'570.8
Différence entre Mittelbedarf et Betriebsaufwand	40.3	76.6	106.1	124.5	86.9

Dans sa réponse, la SSR indique que les charges d'exploitation du plan financier 2006-2010 ne sont pas directement comparables aux besoins financiers figurant à l'annexe 7.9 du rapport, vu que ces charges comprennent l'impact du plan d'économie, alors que le rapport fait la distinction entre besoins financiers, d'une part et plan d'économie, d'autre part. Après déduction des économies des besoins financiers, la différence entre le rapport et les perspectives financières reste en moyenne de Fr. 38.9 millions comme on le voit dans le tableau suivant :

Tableau 3 :

(en mios de frs)	2007	2008	2009	2010	Moyenne
Sparen/Verzichten	23	43	63	63	48.0
Différence entre Mittelbedarf et Betriebsaufwand	17.3	33.6	43.1	61.5	38.9

Concernant cette différence, la SSR l'explique par l'intégration des projets de développement supplémentaires suivants dans le rapport Finanzbedarf SRG SSR, projets non prévus dans les perspectives financières :

Tableau 4 : (cf. aussi tableau 7)

Projets supplémentaires:	2007	2008	2009	2010	Moyenne
DAB 2 Layer SRG SSR	0	0	5	7	3.0
SF KIKA/TvR	2	2	2	2	2.0
TSI Italia	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
HDTV	4	9	10	19	10.5
World Radio Switzerland	3	3.3	3.5	4	3.5
Multimedia Home Platform	2.2	1.9	1.9	1.4	1.9
Ausbau Online	5.9	7.9	8.9	8.9	7.9
Total	19	26	33.2	44.2	30.6
Différence restante	-1.7	7.6	9.9	17.3	8.3

Selon la SSR, la petite différence restante résulte de la mise à jour des mesures d'économie qui passent en 2010 de Fr. 82 millions dans le rapport Finanzperspektiven à Fr. 63 millions dans le rapport Finanzbedarf.

#### Remarque

Sur la base du tableau ci-dessus, nous constatons que sur les Fr. 69 millions, Fr. 30.6 millions de nouveaux projets, non planifiés dans les Perspectives financières 2006-2010 établies en novembre 2005, apparaissent nouvellement dans les Besoins financiers 2007-2010 de la SSR établies en juin 2006. Donc, en l'espace de sept mois, Fr. 120 millions de projets supplémentaires sur quatre ans ont été ajoutés à la planification, soit Fr. 30 millions en moyenne annuelle.

L'impact de ces projets nouvellement introduits dans la planification n'est de loin pas négligeable sur les besoins financiers requis par la SSR puisqu'ils représentent 2,7 % des recettes de redevances (cf aussi à ce sujet le point 2.3 ci-après et le Tab. 7).

## 2.2 Besoins financiers pour le maintien de l'offre de programmes

Il ressort du tableau 1 ci-avant que, par rapport à l'année 2005, Fr. 50 millions de recettes supplémentaires annuelles sont nécessaires à la SSR pour couvrir les coûts de maintien des prestations actuelles durant les années 2007 à 2010. De Fr. 1'532.3 millions en 2005, ces coûts passent à Fr. 1'605.4 millions en 2010, ce qui correspond à un accroissement des coûts de 4,8 % entre 2005 et 2010, soit 0.96 % par année. Cette hausse est inférieure à la période 1999-2004. A partir d'une approximation des coûts pour le maintien de l'offre, le CDF a calculé leur croissance à 6 % durant la période, ce qui correspond à un taux annuel de 1.2 %. Le tableau suivant montre le détail de ces coûts répartis entre prestations principales, supplémentaires et accessoires et coûts de structure.

Tableau 5 :

LEISTUNGSFortschreibung (mios frs)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Moyenne annuelle
<b>Personalkosten</b>	547.4	552.8	587.7	605.5	623.7	631.4	
augmentation par rapport à 2005			40.3	58.1	76.3	84	64.7
<b>Programm u. Produktion</b>	414.1	405.7	414.6	418.6	413.2	418.3	
augmentation par rapport à 2005			0.5	4.5	-0.9	4.2	2.1
<b>Uebrigter Aufwand</b>	120.2	111.1	108.9	105.3	102.6	98.8	
augmentation par rapport à 2005			-11.3	-14.9	-17.6	-21.4	-16.3
<b>Abschreibungen</b>	28.7	31.4	34.5	34.9	35.2	34.7	
augmentation par rapport à 2005			5.8	6.2	6.5	6	6.1
<b>Sport</b>	59.6	92.6	64.9	92	62.3	90.2	
augmentation par rapport à 2005			5.3	32.4	2.7	30.6	17.8
<b>Contribution und Distribution</b>	119.6	124.1	108.4	103.8	99.8	96.7	
augmentation par rapport à 2005			-11.2	-15.8	-19.8	-22.9	-17.4
<b>Zusatzleistungen</b>	47	51.3	50.4	51.3	51.8	52.3	
augmentation par rapport à 2005			3.4	4.3	4.8	5.3	4.5
<b>Nebenleistungen</b>	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	
augmentation par rapport à 2005			0	0	0	0	0.0
<b>Strukturkosten</b>	190.1	174	183.6	177.8	176.4	177.5	
augmentation par rapport à 2005			-6.5	-12.3	-13.7	-12.6	-11.3
<b>Total Leistungsfortschreibung</b>	1532.2	1548.5	1558.5	1594.7	1570.5	1605.4	
Augmentation par rapport à 2005			26.3	62.5	38.3	73.2	50.1

Comme on le voit, les charges de salaires et les coûts pour le sport (droits de retransmissions sportives) jouent un rôle déterminant dans le calcul des besoins financiers nécessaires au maintien de l'offre.

Par rapport à 2005, les charges de salaires 2007 à 2010 s'avèrent entre 7,4 % et 15,3 % supérieurs. Selon la SSR, cette évolution comprend un montant de Fr. 23 millions intégré dans les charges sociales dès 2007, au titre de la prévoyance professionnelle (cf. p. 54 du rapport Finanzbedarf 2007-2010). En outre, ne sont pas compris dans l'évolution de ces charges les coûts du personnel liés au développement de l'offre et la réduction de la masse salariale qui découlera de la mise en œuvre du plan d'économie « Sparen/Verzichten ». Avec une diminution des postes évaluée à 177 unités, le plan d'économie aura un impact direct sur les frais de personnel.

Le maintien des retransmissions sportives engendre un coût supplémentaire moyen annuel de Fr. 18 millions par rapport à 2005. Cependant, les coûts sont plus importants dans les années paires avec les jeux olympiques (été ou hiver) et le football (Coupe d'Europe ou Coupe du Monde).

Par rapport à 2005, les charges d'amortissements augmentent de 20 % pour la période 2007-2010 et requièrent en moyenne annuelle des besoins financiers supplémentaires de Fr. 6.1 millions. Ces coûts sont liés aux investissements dans les domaines de la production et de l'informatique.

Les autres positions (autres charges, contribution et distribution, coûts de structure) enregistrent des diminutions de coûts par rapport à 2005.

#### Remarque

L'appréciation des recettes supplémentaires nécessaires pour couvrir les coûts de maintien des prestations n'est pas évidente, vu qu'il n'y a pas de possibilité de comparaison et qu'on ne sait pas à quelles prestations se réfèrent les coûts. En outre, l'évolution des coûts est difficile à juger, en particulier lorsqu'ils sont à la baisse.

Concernant la planification 2007-2010 des coûts de personnel liés au maintien des prestations, la Surveillance des prix constate qu'après déduction des Fr. 23 millions pour la prévoyance sociale et des mesures d'économies en rapport avec les réductions de personnel, les coûts supplémentaires sur la période 2007-2010 se montent encore, en moyenne annuelle, à Fr. 22.1 millions supérieurs à l'année 2005, comme on le voit dans le tableau ci-après :

Tableau 6:

Leistungfortschreibung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Moyenne annuelle
<b>Personalkosten</b>	547.4	552.8	587.7	605.5	623.7	631.4	
Prévoyance professionnelle			23	23	23	23	
Impact du plan d'économie			9.3	20.4	23.7	25.1	
Evolution nette	547.4		555.4	562.1	577	583.3	
augmentation par rapport à 2005			8	14.7	29.6	35.9	22.1

Si on exclut la prévoyance professionnelle et les mesures d'économie, les charges salariales 2010 atteignent Fr. 583.3 millions, en augmentation de Fr. 35.9 millions ou 6.6 % par rapport à 2005. Pour la période 2005-2010, cela correspond à un taux de renchérissement annuel d'un peu plus de 1 %. Cette augmentation peut être acceptée étant donné qu'en matière de coûts salariaux, la Surveillance des prix ne remet pas en question leur adaptation au renchérissement, considérant que cela relève de la politique salariale de l'entreprise. Par contre, la Surveillance des prix a des doutes certains concernant la mise en réserve du montant de Fr. 23 millions pour la prévoyance professionnelle (cf. à ce sujet le point 2.4 ci-après).

### 2.3 Bedarf Leistungsveränderungen

Der Bedarf für die Leistungsveränderung wird von der SRG mit jährlich 69 Mio. Franken (brutto) ausgewiesen. Der Handlungsspielraum bei der Realisierung der mit der Leistungsveränderung in Zusammenhang stehenden Projekte (siehe Tabelle 7) scheint unterschiedlich gross zu sein. Bei den technischen Projekten dürfte er gering sein. Bei der

Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der für diese Projekte ausgewiesenen Kosten stützt sich die Preisüberwachung auf die Beurteilung des Bakom, das diese Frage bejaht.

Die programmatischen Projekte bedürfen unseres Erachtens *in erster Linie* eines (medien-)politischen Entscheides. Die Preisüberwachung beschränkt sich deshalb auf die Feststellung, dass

- Radio und Fernsehen für die Identitätsbildung und die Spracherhaltung von grosser Bedeutung sind,
- die jährlichen Sendezeit des rätoromanischen Fernsehens mit 70 Stunden seit Anfang der 90er Jahre praktisch unverändert geblieben ist – in scharfem Gegensatz zu den anderen Landessprachen.

Tabelle 7 (vgl. auch Tabelle 4)

<b>Bedarf für Leistungsveränderung 2007-2010</b>	
	Kosten in Mio. Fr.
<b>Radio</b>	<b>16</b>
<i>Technische Projekte</i>	11
- DAB 1. Layer	8
- DAB 2. Layer	3
<i>Programmatische Projekte</i>	5
- RTR	2
- WRS	3
<b>Fernsehen</b>	<b>45</b>
RTVG	8
<i>Technische Projekte</i>	29
- DVBT	16
- HDTV	11
- MHP	2
<i>Programmatische Projekte</i>	8
- KIKA/TVR	2
- TSR 2+	4
- TSI Italia	2
<b>Online</b>	<b>8</b>
RTVG	8
Technische Projekte Total	40
Programmatische Projekte	21
Total Leistungsveränderung	69

Sur les Fr. 40 millions de projets techniques, des projets équivalant à Fr. 16 millions, non compris dans les perspectives financières 2006-2010, ont été introduits nouvellement au printemps de cette année dans les Besoins financiers 2007-2010 de la SSR. De même, concernant les Fr. 21 millions de projets programmatiques, Fr. 15 millions (Fr. 7 millions pour WRS, KIKA/TvR, TSI Italia et Fr. 8 millions pour Online) sont des nouveaux projets (cf. chap. 2.1 ci-avant).

## 2.4 Berufliche Vorsorge

Der zusätzliche Mittelbedarf wird von der SRG im Zeitraum 2007-2010 auf jährlich 72 Mio. Franken veranschlagt. Davon entfallen 23 Mio. auf Risiken in Zusammenhang mit der beruflichen Vorsorge

Für mögliche künftige Arbeitgeberrisiken im Zusammenhang mit der beruflichen Vorsorge hat die SRG bei den Personalkosten ab 2007 einen jährlichen Betrag von 23 Mio. Franken eingestellt. Mit diesen Mitteln sollen

1. Leistungen wie der Teuerungsausgleich auf den Renten,
2. die Risiken einer möglicherweise zunehmenden Anzahl IV-Fällen sowie die
3. für den Arbeitgeber anfallende Kosten
  - bei der Senkung des technischen Zinssatzes von 4% auf 3,5% und des
  - des möglichen Wechsels vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat in der beruflichen Vorsorge

finanziert bzw. abgedeckt werden.

Finanziell ins Gewicht fallen dürfte dabei vor allem die allfällige Senkung des technischen Zinssatzes sowie der Primatwechsel. Die diesbezügliche erforderlichen Entscheide sind unseres Wissens bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gefällt worden. Unseres Erachtens ist auch nicht klar absehbar, dass entsprechende Entscheide bevorstehen.

Wir empfehlen deshalb dem Bundesrat vorerst mit der SRG verbindlich zu klären, ob und wann

- eine Senkung des technischen Zinssatzes und/oder
- ein Primatswechsel bei der 2. Säule vorgesehen ist.

Im Dafürhalten der Preisüberwachung kann diese Position im Finanzplan der SRG erst im Lichte dieser Abklärungen beurteilt werden. Allenfalls ist eine finanztechnische Ueberprüfung durch einen vom Bundesrat bezeichneten Pensionskassenexperten erforderlich.

## 2.5 Wiederherstellung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital im Verhältnis zu den gesamten Passiven (Eigenkapitalquote) belief sich 2005 auf 50,9%. Dieser Wert übertrifft die Zielvorgabe der SRG von 50% geringfügig. Ein Zielwert von 50% scheint bei vergleichbaren Institutionen nicht unüblich zu sein. Die Preisüberwachung sieht deshalb keinen Grund den Zielwert von 50% in Frage zu stellen. Die Eigenkapitalquote der SRG steigt im Jahr 2006 gemäss Budget auf 59%. Dieser Anstieg ist das Ergebnis eines sog. Restatements im Rahmen dessen die SRG verpflichtet ist, Rückstellungen für die berufliche Vorsorge gemäss den neuen Rechnungslegungsvorschriften Swiss GAAP FER 26 dem Eigenkapital zuzuordnen. Unter Ausschluss dieses Effektes dürfte die Eigenkapitalquote im laufenden Jahr knapp unter die 50%-Marke zu liegen kommen. Unter der weiteren Annahme, dass der von der SRG geltend gemachte zusätzliche jährliche Mittelbedarf ohne die Wiederherstellung des Eigenkapitals (Fr. 7 Mio.) von noch 65 Mio. Franken ausgewiesen ist, würde die SRG im Jahr 2010 über ein Eigenkapital von 645.5 Mio. Franken verfügen. Dies

entspricht einer Eigenkapitalquote von 55.6%. In der Logik der SRG ist das entsprechende Eigenkapital auf die Differenz aus dem Restatement (117 Mio. Franken) und den jährlichen Zahlungen im Zeitraum 2007-2010 von insgesamt 92 Mio. Franken zu korrigieren. Das Eigenkapital ohne die Reserven für die berufliche Vorsorge liegt damit 25 Mio. Franken tiefer. Die Eigenkapitalquote beträgt damit noch 53,4% und liegt damit aber immer noch über dem Zielwert von 50%. Die entsprechenden Berechnungen für die Jahre 2007 bis 2009 führen zu einem analogen Ergebnis.

Aus Sicht der Preisüberwachung besteht damit keine Notwendigkeit im Budget der Jahre 2007-2010 jährlich 7 Mio. Franken für die Wiederherstellung des Eigenkapitals bereit zu stellen. Der von der SRG angestrebte Zielwert einer Eigenkapitalquote von 50% wird auch ohne die erwähnte Position übertroffen.

## **2.6 Swissinfo**

Swissinfo stellt eine im öffentlichen Interesse liegenden gemeinwirtschaftliche Leistung dar. Diese sollte deshalb nicht über Empfangsgebühren, sondern über Steuermittel finanziert werden. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir dem Bundesrat, den allfälligen Ausbau von Swissinfo ganz über Steuergelder und nicht über Radio- und TV-Empfangsgebühren zu finanzieren. Unseres Erachtens stellt sich auch die Frage, ob ein allfälliger Leistungsausbau bei Swissinfo nicht in erster Linie über den kostengünstigen Einbezug von Inhalten anderer Websites der verschiedenen SRG-Unternehmenseinheiten erfolgen könnte.

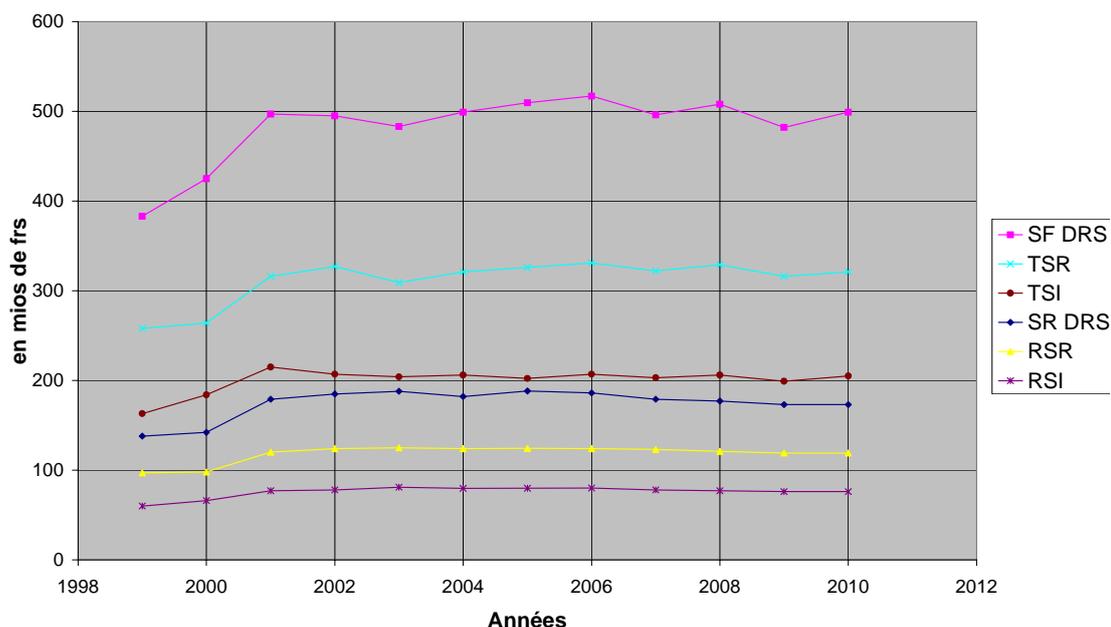
## **2.7 Unités d'entreprises radio et télévision de la SSR**

En vertu de la concession, la SSR doit offrir dans les domaines de la radio et de la télévision des programmes de même valeur dans toutes les langues officielles. Ce mandat d'égalité entre les régions est repris dans la nouvelle loi fédérale sur la radio et la télévision (LRTV). Selon le CDF, ce mandat de service public représente 40 % des coûts totaux de la SSR. Avec Fr. 450.- par année, la redevance radio et télévision actuelle est parmi les plus élevées d'Europe. Avec les nouveaux besoins financiers requis par la SSR pour le maintien et l'élargissement des prestations auxquels il faut ajouter en particulier l'augmentation du splitting, la redevance va encore augmenter. Dès lors, pour rompre cette spirale de hausse, il y a peut-être lieu de se poser la question sur la nécessité de maintenir une structure et un développement d'offre semblable dans toutes les régions respectivement de prendre en considération aussi les coûts en fonction de l'audimat.

### **2.7.1 Evolution des coûts des unités d'entreprises**

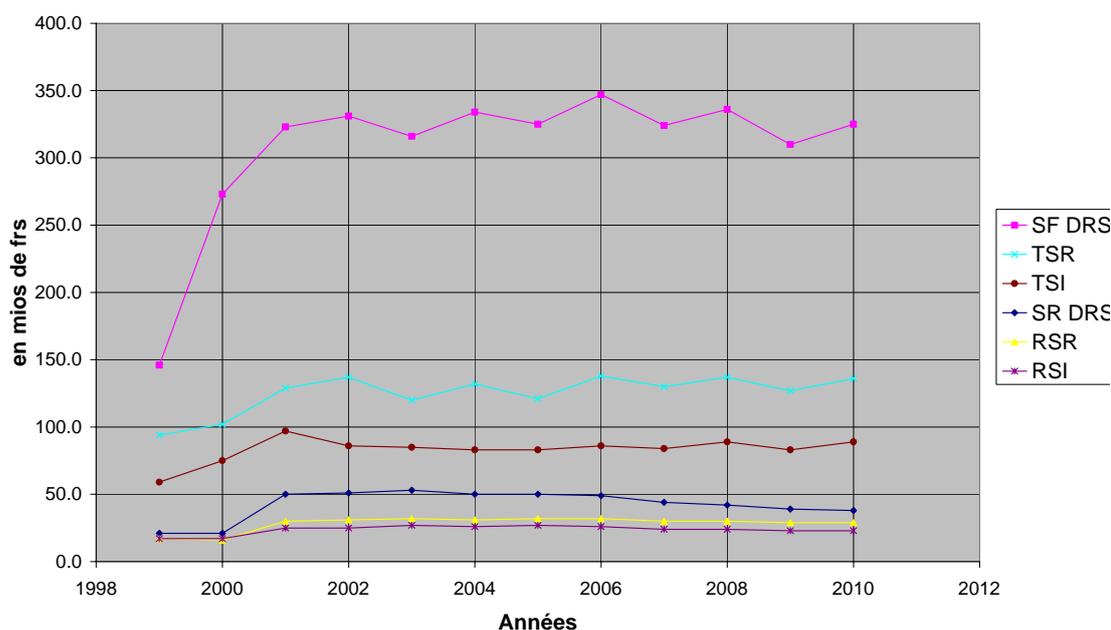
A titre de simple transparence, les graphiques ci-après montrent l'évolution des coûts des programmes radio et TV dans les trois régions linguistiques.

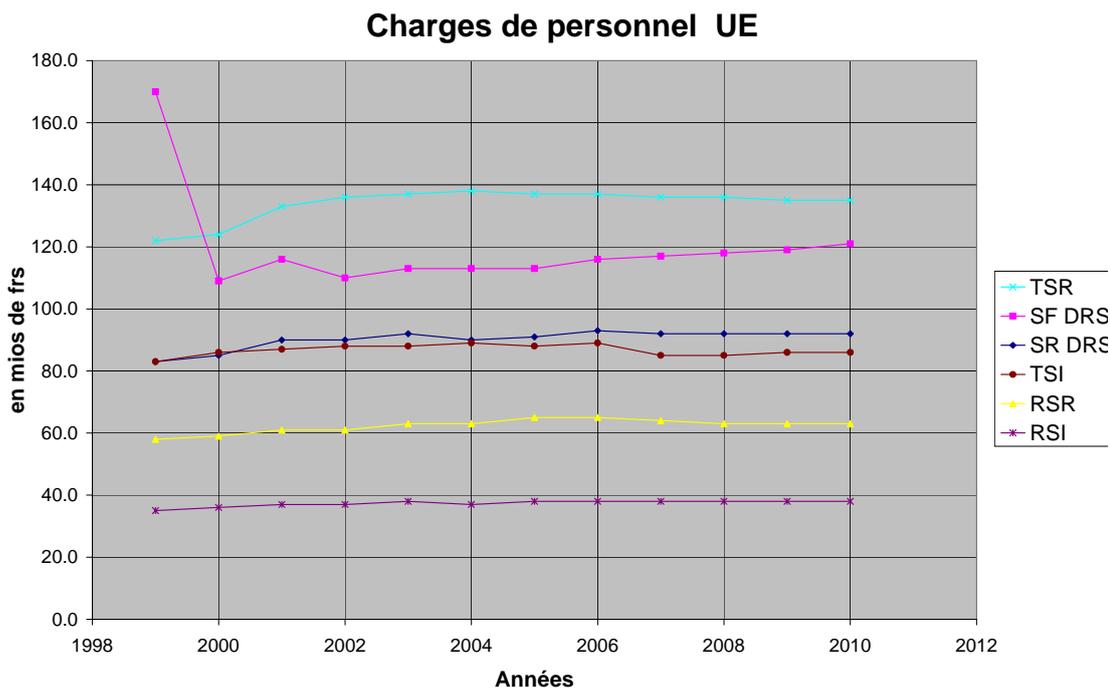
### TOTAL Charges d'exploitation UE



Le graphique ci-dessus montre que les coûts d'exploitation des unités d'entreprises, après avoir enregistré une hausse entre 1999 et 2001, évoluent de manière assez stable. L'augmentation est due aux charges de programme et de production (cf. graph. ci-après) et résulte directement de l'adaptation des redevances intervenue au 1<sup>er</sup> janvier 2000. Pour SF DRS, la hausse plus importante entre 1999 et 2001 est liée aussi au transfert de la production télévisée à tpc (Television Production Center). Ses dépenses de personnel et d'amortissement liées à la production ont été transformées en charges de programme et de production. Entre 1999 et 2001, les charges de personnel de SF DRS ont diminué de Fr. 170 à Fr. 116 millions et les charges de programme et de production ont augmenté de Fr. 146 à Fr. 323 millions.

### Charges de programme & de production UE



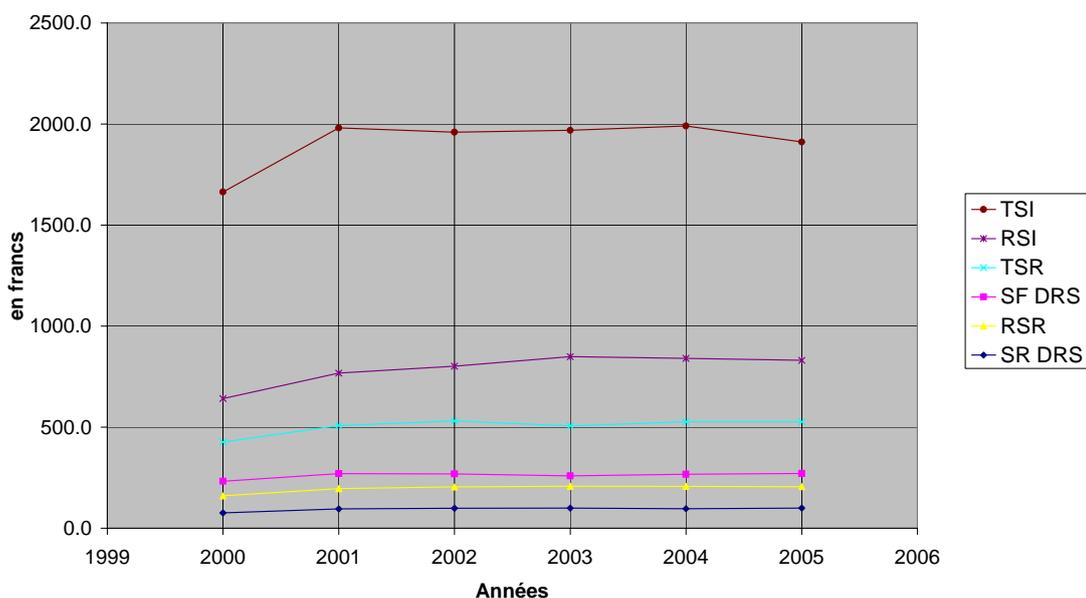


### 2.7.2 Coûts des unités d'entreprises et bassin de population

En matière de diffusion de radio, les charges d'exploitation des unités d'entreprises se montent environ à Fr. 80 millions pour le programme tessinois, Fr. 120 millions pour le programme romand et Fr. 180 millions pour le programme alémanique. En ce qui concerne la télévision, les coûts sont un peu plus élevés et se montent à Fr. 200 millions pour le programme italien, Fr. 320 millions pour le programme romand et Fr. 500 millions pour le programme suisse alémanique.

Intéressant est toutefois de mettre en rapport ces coûts avec le bassin de population. Le graphique ci-après montre l'évolution entre 2000 et 2005 pour chaque unité d'entreprises du coût de diffusion des programmes par ménage s'acquittant de la redevance radio respectivement télévision.

### Charges d'exploitation par ménage



En moyenne 2000-2005, le coût par ménage des programmes de télévision se monte à à Fr. 1'912.80 pour la Télévision suisse italienne, à Fr. 504.20 pour la Télévision suisse romande et à Fr. 261.20 pour la Télévision Suisse alémanique. Le coût par ménage de la TSI est donc 7,3 fois supérieur à SF DRS. Pour la TSR, le rapport est de 1.9.

En radio, l'écart est même plus important. Avec Fr. 788.30, le coût moyen de la RSI par ménage est 8.3 fois supérieur au Fr. 93.80 de SR DRS. Pour la RSR, le rapport est de 2.1.

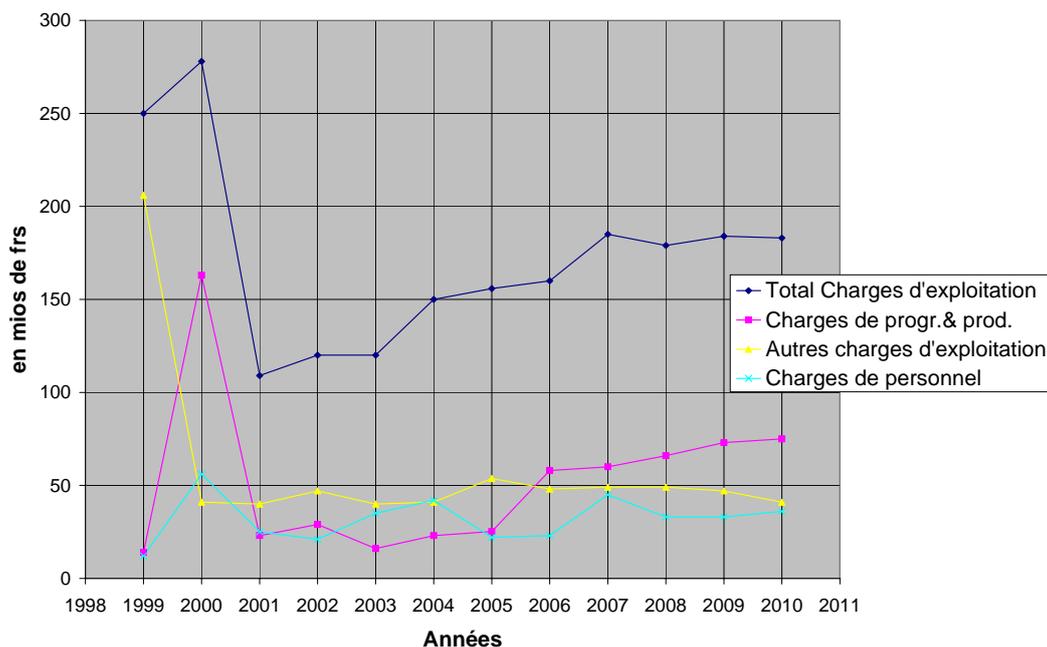
#### 2.7.3 Coûts des programmes et audimat

La Surveillance des prix partage entièrement l'avis du CDF selon lequel les programmes ayant une audience faible dans l'absolu doivent faire régulièrement l'objet d'une remise en question critique, tant sous l'angle des coûts de ces programmes que de celui de l'égalité de l'offre de programmes.

### 2.8 Coûts de l'unité d'organisation Direction générale (DG)

La SSR est composée de 7 unités d'entreprises radio et télévision et de trois unités d'organisation. La DG est l'organe de direction du groupe. Le graphique suivant, établi à partir du rapport du CDF (tab. 31 de Annexes) montre l'évolution des coûts entre 1999 et 2010.

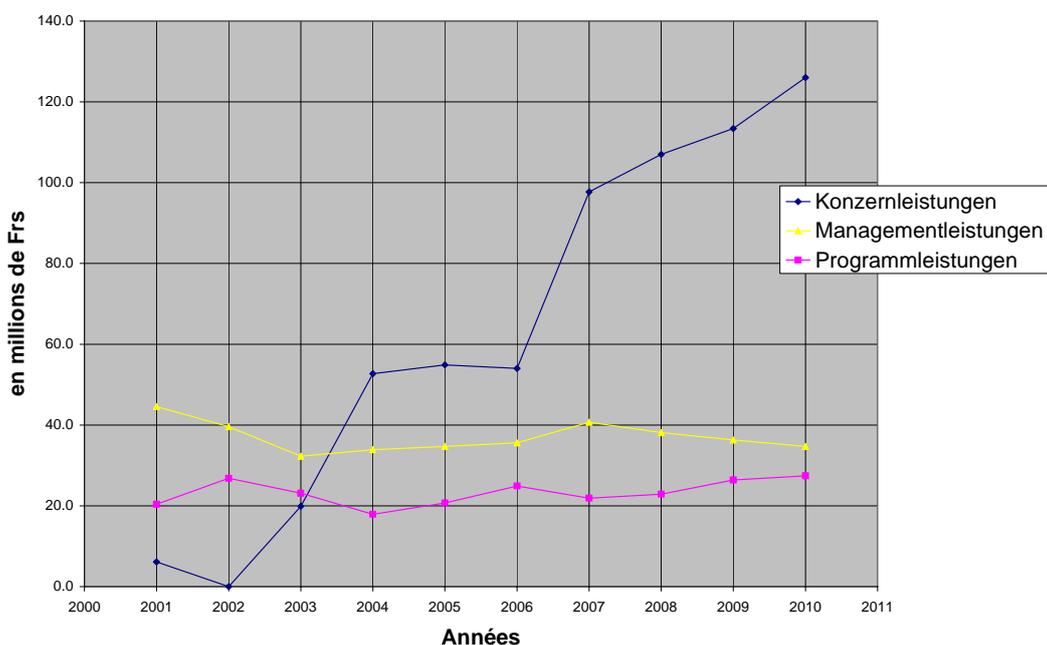
## DG - Charges d'exploitation



(2001-2005 : valeurs effectives ; 2006-2010 : valeurs planifiées)

Le recul des charges en 2001 résulte d'une modification dans la prise en compte des coûts. Certains coûts incombant auparavant à la DG sont facturés directement aux unités d'entreprises. Entre 2001 et 2010, les charges totales augmentent de près de Fr. 80 millions. Selon les renseignements fournis par la SSR, les coûts de la DG comprennent trois catégories de coûts, soit ceux liés aux Programmleistungen, aux Konzernleistungen et aux Managementleistungen. Le graphique suivant présente l'évolution de ces coûts de 2001 à 2010.

## DG - Evolution des coûts analytiques nets



Selon la SSR, seuls les Managementleistungen reflètent les coûts nets de fonctionnement de la DG pour les tâches de conduite et de management au niveau du groupe. On trouve dans les Programmleistungen et les Konzernleistungen des crédits pour le financement de prestations programmatiques, les gros projets d'importance nationale respectivement la budgétisation des mesures linéaires pour l'ensemble de la masse salariale.

Les Konzernleistungen, avec Fr. 120 millions de hausse entre 2001 et 2010, sont la cause essentielle de l'augmentation des coûts de la DG. Ils sont constitués principalement des coûts de personnel à l'échelle de l'entreprise telles que la compensation du renchérissement et les provisions pour la caisse de pension, des coûts de distribution et des coûts de l'immobilier. La hausse des coûts marquée de Fr. 32.8 millions entre 2003 et 2004 est due à des coûts de distribution figurant pour la première fois dans le compte de la DG, à un amortissement extraordinaire (Fr. 19.7 millions) du bâtiment TSR et à des mesures d'adaptation salariales de tout le personnel SSR. La deuxième augmentation importante des coûts en 2007 de Fr. 43 millions résulte de projets de développement, de la hausse de charges du personnel pour la reconstitution de la caisse de pension (Fr. 23 millions), d'une hausse des charges d'immobilisations, de coûts supplémentaires OFCOM.

Sur l'ensemble des coûts liés au Konzernleistungen budgétés/provisionnés au niveau de la DG, seuls les coûts effectifs relatifs aux mesures salariales linéaires et aux rachats sont répartis par la suite sur les unités d'entreprises, c'est-à-dire figurent dans les rapports financiers des UE. Les autres coûts restent au niveau de la DG.

La forte augmentation des coûts liés au Konzernleistungen résulte des nouveaux projets mais aussi de la nouvelle centralisation des coûts globaux depuis les années 2003-2004. Depuis lors, les coûts liés à la caisse de pension et à la distribution numérique font partie du domaine de la DG.

Soweit die Begründungen der SRG SSR aufgrund der Rückfragen durch die Preisüberwachung. Aus der Analyse der vorstehenden Grafiken zur Generaldirektion und dieser Begründungen lässt sich die Feststellung ableiten, dass zunehmend Ressourcen und Kosten über die sog. „Konzernleistungen“ bei der Generaldirektion zentralisiert werden. Dies basiert auf buchhalterischen und betriebswirtschaftlichen Ermessensentscheiden, die nicht im Rahmen dieser Überprüfung der Empfangsgebühren und des Finanzbedarfs zu beurteilen sind. Die allenfalls zirkulierenden Vorwürfe einer „Wasserkopfbildung“ bei der SRG-Generaldirektion müsste durch eine separate betriebswirtschaftliche Analyse (allenfalls im Rahmen der Definition einer Eigentümerstrategie oder der Konzessionserneuerung) überprüft werden.

### **3 Produits de la SSR**

#### **3.1 Publicité et parrainage**

La publicité, avec Fr. 266 millions en 2005, forment la part de recettes la plus importante après les redevances (Fr. 1'114 millions). L'évolution des recettes de publicité de 1999 à 2010 est la suivante :

Tableau 8 :

Evolution des recettes de publicité (en mios de frs)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 p	2007 p	2008 p	2009 p	2010 p
Publicité	273.2	304.4	267.0	257.9	248.0	268.6	266.0	269.0	280.7	289.3	286.7	295.2
1999=100	100.0	111.4	97.7	94.4	90.8	98.3	97.4	98.5	102.7	105.9	104.9	108.1

Par rapport à l'évolution de ces recettes dans les dernières années, les chiffres planifiés par la SSR pour les années 2007 à 2010, déduction faite de l'impact des restrictions introduites par la LRTV, ne peuvent pas être considérés comme pessimiste.

Dans son rapport (p. 124), le CDF mentionne qu'il sera difficile d'augmenter les recettes à l'avenir en raison de la pression exercée sur les prix par la concurrence et aussi de la perte d'intérêt du pays par les grands groupes étrangers. Le CDF craint même à long terme une diminution des mandats publicitaires.

Par ailleurs, les indications qui nous ont été données par la SSR le 25 septembre dernier nous confortent dans notre point de vue. Ainsi, selon la SSR, au vu des résultats atteints à fin août, le budget ne devrait pas être atteint pour 2006 (- Fr. 25 millions). Sur cette base, la SSR révisé à la baisse sa planification 2007-2010 de Fr.10 à Fr. 15 millions par année. En outre, sur la base du projet d'ordonnance de la LRTV (interdiction des interruptions publicitaires dans les films et téléfilms, interdiction de la publicité pour les bières sans alcool), elle estime l'impact négatif sur la publicité télévisée à Fr. 11 millions au lieu de Fr. 3 millions pris en considération dans le rapport Finanzbedarf.

Tableau 9 :

Evolution des recettes de parrainage (en mios de frs)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 p	2007 p	2008 p	2009 p	2010 p
Parrainage	34.5	35.1	38.4	43.4	45.9	47.8	48.3	53.3	54.4	56.0	56.8	57.7
1999=100	100.0	101.7	111.3	125.8	133.0	138.6	140.0	154.5	157.7	162.3	164.6	167.2

Les recettes de parrainage (déduction faite de l'impact de la LRTV (Fr. 0.5 millions pour 2009 et Fr. 1 million pour 2010) enregistrent une progression régulière depuis leur introduction. Pour la Surveillance des prix, compte tenu de l'évolution intervenue jusqu'en 2005, la planification 2007 à 2010 paraît appropriée.

Toutefois, dans sa communication du 25 septembre dernier, la SSR considère que l'impact de la LRTV sur le parrainage a été sous-évaluée (Fr .1 million par année dès 2010). La SSR estime à Fr. 11 millions par année l'ensemble des recettes de sponsoring menacées par une interdiction du placement des produits c'est-à-dire l'utilisation des produits du parrain ou sponsor dans l'émission parrainée.

#### Sites internet de la SSR et publicité et sponsoring

Chaque unité d'entreprises (UE) de la SSR dispose de son propre site internet, sur lesquels la SSR renonce à la publicité mais pas au parrainage. A ce sujet, la Surveillance des prix, non seulement rejoint l'avis du CDF (p. 126), mais considère que la SSR doit, dans l'intérêt de l'auditeur/télespectateur qui s'acquitte de la redevance, exploiter toutes les possibilités de revenus, donc aussi les recettes de publicité pouvant être tirées de ses sites internet.

### Recettes provenant du télévote

Il s'agit des recettes induites par les appels téléphoniques et services sms payants lors d'émissions télévisées et permettant aux téléspectateurs de participer à un vote ou à un concours. Dès 2006, ces recettes seront enregistrées sous Sponsoring. En 2004, l'émission Music Star a enregistré Fr. 6.2 millions de recettes nettes, soit environ Fr. 0.40 par appel. En 2005, les recettes de télévote provenant des émissions Music Star, Deal or no Deal, Eiger, Mönch & Maier se sont élevées à Fr. 3.7 millions. La SSR planifie Fr. 3.3 millions de recettes annuelles pour les années 2007 à 2010.

## **3.2 Empfangsgebühren**

Die SRG geht davon aus, dass die Gebühreneinnahmen ohne Erhöhung der Empfangsgebühren bis ins Jahr 2010 stagnieren. 2005 beliefen sich diese auf 1,114 Mia. Franken; für das Jahr 2010 wird von der SRG mit 1,119 Mia. Franken gerechnet. Es ist dies ein Anstieg von 5 Mio. Franken oder 0,4%. Die Preisüberwachung erachtet diese Annahme auf Grund der nachfolgenden Überlegungen als zu pessimistisch.

### **3.2.1 Entwicklung der Wohnbevölkerung 2000-2005**

Die Einwohnerzahl gemäss Volkszählung belief sich im Jahr 2000 gemäss Volkszählung auf 7,288 Mio. Davon lebten 96% oder 6,992 Mio. Personen in privaten Haushalten. Die Zahl der privaten Haushalte betrug im Jahr 2000 3,115 Mio. Die durchschnittliche Anzahl Personen je Privathaushalt belief sich damit auf 2,24<sup>2</sup>.

Daneben lebten gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik 295'199 Personen in sogenannten Kollektivhaushalten.<sup>3</sup> Die Preisüberwachung geht davon aus, dass von dieser Personengruppe zumindest 85'000 Personen der Empfangsgebührenpflicht unterstehen.<sup>4</sup> Die Gesamtzahl der Haushalte, welche grundsätzlich der Gebührenpflicht unterstehen belief sich damit im Jahr 2000 auf 3,20 Mio.<sup>5</sup>

Bei der Beurteilung des Bevölkerungswachstums im Zeitraum 2000-2005 stützt sich die Preisüberwachung auf das Konzept der ständigen Wohnbevölkerung, da nur für dieses Konzept Daten über das Jahr 2000 hinaus zur Verfügung stehen. Die ständigen Wohnbevölkerung belief sich Ende 2000 auf 7,164 Mio. Personen und stieg bis Ende 2005 auf 7,459 Mio. an (+ 295'000

<sup>2</sup> [www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/01/key.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/01/key.html)

<sup>3</sup> Wichtige Kategorien von Kollektivhaushalten sind Alters- und Pflegeheime (74'741 Personen), Internate und Wohnheime von Bildungseinrichtungen (21'520 Personen). Zu den Kollektivhaushalten werden zudem Personen gezählt, die im Rahmen der Volkszählung nicht richtig zugeordnet werden konnten (47'899 anwesende Personen, deren Gebäude unbekannt ist sowie 75'411 anwesende Personen, deren Wohnung und Haushaltszusammensetzung unbekannt ist). In diese beiden Sammelkategorien fallen somit 123'310 Personen.

<sup>4</sup> Gemäss Abklärungen der Preisüberwachung bei CURAVIVA, dem Verband Heime und Institutionen Schweiz, wird in den meisten Alters- und Pflegeheimen die Radio- und Fernsehempfangsgebühr individuell über die Insassen abgerechnet. Am eindeutigsten ist diesbezüglich die Situation in den Einbettzimmern. Der Anteil der Einbettzimmer dürfte sich im Durchschnitt in der Schweiz auf 70% belaufen – mit steigender Tendenz. Mehr als 50'000 Personen dürften damit über ein individuelles Zimmer verfügen. Von diesen wiederum rechnet die überwiegende Mehrheit individuell ab. Fazit: Durch die Vernachlässigung der Kollektivhaushalte dürfte die Billag die Zahl der gebührenpflichtigen Haushalte alleine im Segment der Alters- und Pflegeheime um über 40'000 unterschätzen. Die von uns ausgewiesene Zahl von 85'000 nicht erfassten Kollektivhaushalte dürfte deshalb eine Untergrenze darstellen.

<sup>5</sup> Die Billag ermittelte für das Jahr 2000 3,115 Mio. Haushalte. Diese Zahl entspricht der Anzahl privater Haushalte. Bei der Ermittlung der Grundgesamtheit lässt die Billag damit die Kollektivhaushalte ausser Acht.

Personen). Die entspricht einem Anstieg von 295'000 Personen (+ 4,118%) oder einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 0,81%.

Unter der realistischen Annahme, dass die Einwohnerzahl in Privathaushalten im gleichen Ausmass angestiegen ist, belief sich die Zahl der Personen, die 2005 in Privathaushalten lebten auf 7,280 Mio. Die Zahl der entsprechenden Haushalte dürfte sich bei einer rund 1% kleinere Haushaltsgrösse (2,22 Personen/Haushalt statt 2,24) auf 3,279 Mio. belaufen haben. Bei den Kollektivhaushalten wird unverändert mit 85'000 gerechnet. Die Gesamtzahl der Haushalte, welche der Gebührenpflicht unterstehen belief sich damit gemäss den Berechnungen der Preisüberwachung im Jahr 2005 auf 3,36 Mio. Die Zahl der Haushalte ist damit im Zeitraum 2000-2005 um 160'000 von 3,20 Mio. auf 3,36 Mio. angestiegen. Dies entspricht einem jährlichen Wachstum von 0,98%. Auf Grund der getroffenen Annahmen zum Wachstum der Haushaltsgrösse sowie der Kollektivhaushalte erachten wir diese Schätzung zu Anzahl Haushalte im Jahr 2005 als konservativ.<sup>6</sup>

Die SRG bzw. die Billag als Gebührenerhebungsstelle schätzen gemäss einem vertraulichen E-Mail an die Preisüberwachung vom 25. September 2006 die Zahl der Haushalte im Jahr 2005 auf 3,21 Mio. Diesen Berechnungen liegt ein empirisch nicht weiter belegtes jährliches Haushaltswachstum von 0,6% zu Grunde. Die Zahl der Haushalte gemäss Billag liegt damit im Jahr 2005 rund 150'000 Einheiten unter der von der Preisüberwachung ermittelten Grösse (siehe Beilage1) .

### **3.2.2 Haushalte mit Fernseher 2005**

Gemäss Schätzung der Billag waren im Jahr 2005 93.12% aller Haushalte mit einem Fernseher ausgerüstet. Die Richtigkeit dieser Annahme vorausgesetzt, impliziert dies auf der Basis der Wohnbevölkerungszahl gemäss Preisüberwachung, dass in 3'128'832 Haushalte ein Fernseher in Betrieb war. (siehe Beilage 1, dritte Spalte). Die Zahl der gebührenzahlenden Haushalte (inkl. jene welche von dieser Pflicht entbunden wurden) belief sich 2005 gemäss Billag auf 2'862'889. Die Differenz zwischen der Zahl der empfangsgebührenzahlenden Haushalte und der Anzahl Haushalte mit Fernsehgerät (gemäss Preisüberwachung 3'128'882) beläuft sich damit auf 265'943. Dieser Wert zeigt an, wie viele Haushalte der Pflicht zur Entrichtung der Empfangsgebühr nicht nachgekommen sind. Es waren dies im Jahr 2005 8,5% aller Haushalte.

Die Billag weist im Zeitraum 2003-2005 beim Fernsehen eine relativ stark sinkende Schwarzseherquote auf. 2003 belief sich diese noch auf 5,8% oder 172'000 Haushalte; im vergangenen Jahr betrug die Quote noch 4,2% und betraf 126'242 Haushalte. Die Differenz zwischen dem letztgenannten Wert und der Anzahl Haushalte, die gemäss Preisüberwachung zu Unrecht keine Empfangsgebühren zahlen (265'943) - korrigiert um eine etwas höhere Anzahl Haushalten, die von der Gebührenpflicht befreit sind - stellen aus Sicht der Preisüberwachung ein Potential für zusätzliche Gebühreneinnahmen dar, dass von der Billag in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft wurde. Es sind dies 127'420 Haushalte. Die Preisüberwachung geht davon aus, dass dieses Potential mittelfristig (bis 2010) ausgeschöpft werden können sollte.

### **3.2.3 Haushalte mit Radioempfangsgeräten 2005**

Analoge Berechnungen im Bereich der Radioempfangsgeräte zeigen, dass die Billag die Zahl der Haushalte, welche Ende 2005 mit einem Radio ausgerüstet waren, um 66'559 Einheiten unterschätzt.

<sup>6</sup> Unter der etwas weniger konservativen Annahme eines 1,8%igen Rückganges der Grösse der Privathaushalte im Zeitraum 2000 bis 2005 – von 2,24 auf 2,20 Personen/Haushalte – belief sich das gesamte Haushaltswachstum bereits auf 1,2%.

Die Zahl der Haushalte, welche Empfangsgebühren entrichten, wird von der Billag – bei der tiefen Marktdurchdringung von 91,8% - um 56'276 Einheiten zu tief veranschlagt. Im Urteil der Preisüberwachung gilt auch hier, dass dieses Potential von der Gebührenempfangsstelle Billag mittelfristig ausgeschöpft werden können sollte

### 3.2.4 Haushaltwachstum 2005-2010

Das Haushaltwachstum im Zeitraum 2000-2005 belief sich gemäss der konservativen Schätzung der Preisüberwachung auf jährlich 0,98%.

Vor dem Hintergrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in der 2. Hälfte dieses Jahrzehnts kann im Dafürhalten der Preisüberwachung grundsätzlich mit einem gleichbleibenden Haushaltwachstum gerechnet werden. Für ihre Berechnungen geht die Preisüberwachung allerdings vorsorglich von einem geringeren Wachstum von 0,7% aus. Die Zahl der Haushalte dürfte damit von Ende 2005 bis Ende 2010 um 120'000 auf 3,480 Mio. Einheiten zunehmen.<sup>7</sup>

Billag rechnet mit einem jährlichen Wachstum von 0,23% oder insgesamt 36'436 zusätzlichen Haushalten.<sup>8</sup> Im Urteil der Preisüberwachung unterschätzt die Billag damit die Entwicklung des Wachstums der Haushaltszahl im Zeitraum 2005-2010 um mindestens 83'564 Einheiten.

### 3.2.5 Entwicklung der Haushalte mit Fernseher und/oder Radio 2005-2010

Die Gebührenempfangsstelle Billag geht davon aus, dass der Anteil der Haushalte, die über einen Fernseher verfügen bis 2010 auf 94,4% ansteigen wird. Gemäss den Berechnungen der Preisüberwachung (auf der Basis von 3'480'000 Haushalten) müssten dies demzufolge 3'285'120 Mio. Haushalte sein. Gemäss den Angaben der Billag trifft dies allerdings nur für 3'046'517 Haushalte zu. Ein Grossteil der Differenz ist auf den oben ausgewiesenen Niveaufehler der Billag zurück zu führen (139'697 Haushalten im Jahr 2005). Die verbleibende Differenz von 80'906 Haushalten ist das Ergebnis des von der Billag zu tief veranschlagten Haushaltwachstum im Zeitraum 2005-2010.

Die zu pessimistische Prognose bezüglich des Wachstums der Haushalte, welche mit einem Fernseher ausgestattet sind, führt ceteris paribus dazu, dass auch das Wachstum der gebührendzahlenden Haushalte mit Fernsehgerät von der Billag unterschätzt wird. Gemäss unseren Berechnungen wächst die Zahl der Haushalte, welche Fernsehgebühren zahlen im Untersuchungszeitraum um 99'446 Einheiten. Die Billag ermittelt einen Wert von 29'545. Die Differenz beläuft sich auf 69'901 Haushalte.

Bei den Haushalten mit Radioempfangsgeräten geht die Billag von einem Wachstum von 50'473 Haushalten aus. Bemerkenswert ist, dass dieser Anstieg einzig und alleine die Folge eines im Untersuchungszeitraum wachsenden Anteils an Haushalten ist, die über eine Radioempfangsgerät verfügen. Würde der Anteil der Haushalte mit einem Radiogerät im Untersuchungszeitraum auf dem (tiefen) Niveau von 2005 verharren (94,1%), würde die Zahl der Haushalte mit Radiogerät bis 2010 um rund 40'000 sinken – dies trotz eines Anstiegs der Haushaltszahl um 120'000 Einheiten. Die Preisüberwachung ermittelte bei den Haushalten mit Radiogerät im Untersuchungszeitraum einen Zuwachs von 210'360 Einheiten. Das scheint etwas

<sup>7</sup> Bei einem gleichbleibenden Haushaltwachstum von 0,98% dürfte die Zahl der Haushalte bis 2010 um 170'000 auf 3,53 Mio. ansteigen.

<sup>8</sup> Die Billag stützt sich dabei dem vernehmen nach auf ein Demografieszenario (mittlere Variante) des Bundesamtes für Statistik (BfS) aus dem Jahr 2003 oder 2004. Gemäss dem jüngsten Demografieszenario des BfS aus dem Jahre 2006 rechnet das Amt in der mittleren Variante mit einem Bevölkerungswachstum von 0,6%. Zu beachten ist dabei, dass das Haushaltwachstum wegen der weiterhin abnehmenden Grösse der Haushalte entsprechend höher ist und das BfS in der Vergangenheit in seinen Szenarien die Bevölkerungsdynamik tendenziell unterschätzt hat.

überraschend, da der Wert über dem Haushaltswachstum von 120'000 Einheiten liegt. Die starke Zunahme der Haushalte mit Radiogerät widerspiegelt zu einem erheblichen Teil die Tatsache, dass die Billag den Anteil der mit einem Radiogerät ausgerüsteten Haushalte von (tiefen) 94,1% im Jahr 2005 auf 96,9% im Jahr 2010 nach oben korrigiert. Die Differenz zwischen dem von der Preisüberwachung ermittelten Wert (210'360) und der Angabe der Billag (50'473) beläuft sich auf 159'887. In diesem Umfang unterschätzt die Billag nach unserem Dafürhalten die Zunahme der Haushalte, in welchen Radio gehört wird.

Die Anzahl Haushalte, welche Radiogebühren zahlen nimmt gemäss den Angaben der Billag im Untersuchungszeitraum 2005-2010 um 21'304 Einheiten zu. Der entsprechende Wert der Preisüberwachung beträgt 160'708. Die Billag unterschätzt damit unseres Erachtens das Wachstum der Radioempfangsgebühren zahlenden Haushalte im Zeitraum 2005-2010 um 139'404 Einheiten.

### 3.2.6 Schlussfolgerung zu den Empfangsgebühren

Die Abklärungen der Preisüberwachung zum Bevölkerungsstand (im Jahr 2005) und zur Entwicklung der Wohnbevölkerung im Zeitraum 2005-2010 haben Folgendes ergeben:

1. Die SRG bzw. die Billag unterschätzten die Zahl der Haushalte in der Schweiz im Jahr 2005 - basierend auf der ständigen Wohnbevölkerung - um 150'126 Einheiten (Niveaufehler).
2. Unter den sonst von der Billag definierten Rahmenbedingungen müsste damit die Zahl der Fernsehgebühren zahlenden Haushalte nach unserer Einschätzung im Jahr 2005 um 127'420 höher sein. Der entsprechende Wert für die Sparte Radio beläuft sich auf 66'559 Haushalte. Die Preisüberwachung sieht keine Gründe, weshalb dieses Potential mittelfristig (bis 2010) nicht ausgeschöpft werden könnte.
3. Die SRG bzw. die Billag unterschätzten im Urteil der Preisüberwachung weiter das Bevölkerungswachstum bzw. das Haushaltswachstum im Zeitraum 2005 bis 2010. Entsprechend wird auch die Entwicklung der Zahl der Haushalte, die Empfangsgebühren entrichten unterschätzt. Unter den sonst von der Billag definierten Rahmenbedingungen verzeichnet die Preisüberwachung bis ins Jahr 2010 eine um 69'901 Einheiten höhere Haushaltszahl, welche Fernsehgebühren entrichtet als die Billag. Der entsprechende Wert für die Sparte Radio beläuft sich auf 139'404 Haushalte.
4. Gemäss den Berechnungen der Preisüberwachung müsste damit die Anzahl der gebührenzahlenden Haushalte im Jahr 2010 deutlich höher ausfallen als von der Billag prognostiziert. In der Sparte Fernsehen beläuft sich die Differenz zwischen den Berechnungen der Billag und jenen der Preisüberwachung auf 197'321; beim Radio auf 195'680 Haushalte.
5. Die daraus resultierenden Mehrerträge im Jahr 2010 belaufen sich beim Fernsehen bei unveränderter Jahresgebühr auf 55,5 Mio. Franken und beim Radio auf 33,1 Mio. Franken. Insgesamt sind dies 88,6 Mio. Franken. Im Durchschnitt der Jahre 2007-2010 sind die gemäss den Berechnungen der Preisüberwachung sind dies 37 Mio. Franken mehr als von der Billag/SRG ermittelt.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Dieser Feststellung liegt die Annahme zugrunde, dass die Gebühreneinnahmen im Jahr 2007 5 Mio. Franken höher ausfallen als geplant. Die entsprechenden Werte für die darauf folgenden Jahre belaufen sich auf 15 Mio. (2008), 40

6. Die SRG macht gemäss Finanzplan für den Zeitraum 2007-2010 gegenüber 2005 einen zusätzlichen durchschnittlichen jährlichen Gebührenbedarf von 72 Mio. Franken geltend. Mehr als die Hälfte dieses Gebührenbedarf kann damit durch eine Steigerung der Anzahl Gebührenzahler erwirtschaftet werden. Zu erwähnen ist schliesslich noch, dass die Billag als Gebührenerhebungsstelle auf Grund des neuen RTVG künftig auf die Einwohnerregisterdaten der Gemeinden und Kantone zugreifen kann. Damit sollte es möglich werden, den Anteil der Schwarzseher zu verringern. In den Prognosen der Billag - und damit auch in jenen der Preisüberwachung - hat dieser Effekt allerdings noch kaum Niederschlag gefunden. Die Preisüberwachung geht deshalb davon aus, dass der durchschnittliche jährliche Mehrertrag von 37 Mio. Franken im Zeitraum 2007-2010 eher eine Untergrenze darstellt.

Berne, le 27 octobre 2006

**Le Surveillant des prix**

Rudolf Strahm

---

Mio. (2009) und 88 Mio. (2010). Im Durchschnitt entspricht dies den erwähnten 37 Mio. Franken. Unter der Annahme, dass in den Jahren 2007, 2008 und 2009 die zusätzlichen Gebühreneinnahmen sich auf 15 Mio., 30 Mio. bzw. 50 Mio. belaufen, erhöht sich der Durchschnittswert von 37 Mio. auf 46 Mio.

## Beilage 1: Empfangsgebühren 2005-2010

		2005			2010		Niveau- fehler 2005 (1)	Wachstumsfehler 2005-2010 (2)	Prognosefehler Total (1)+(2)	Zusatzträge bis 2010 in Mio.
		Billag	Effektiv	Potential	Billag	Pü				
Anzahl Haushalte		3'209'874	3'360'000	3'360'000	3'246'310	3'480'000	150'126	83'564	233'690	
Jährliches Wachstum 2000-2005; 2005-2010				0.88%	0.23%	0.70%				
Fernsehen	Ausgerüstete Haushalte (Schätzung)	2'989'135	2'989'135	3'128'832	3'064'517	3'285'120	139'697	80'906	220'603	
	Ausgerüstete Haushalte in %	93.12%	88.96%	93.12%	94.40%	94.40%				
	Gebührenpflichtige Haushalte	2'681'543	2'681'543	2'808'963	2'711'088	2'908'409	127'420	69'901	197'321	55.5
	-davon Gebührenbereite	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000				
	- davon Gebührenbefreite EL (2005:5,3%; 2010: 6,5%)	151'346	151'346	158'458	189'816	203'480				
	- Total gebührenbefreite Haushalte	181'346	181'346	188'458	219'816	233'480				
	Gebührenpflichtige und -befreite Haushalte	2'862'889	2'862'889	2'997'421	2'930'904	3'141'889				
	Marktdurchdringung	95.80%	91.50%	95.80%	95.64%	95.64%				
	Schwarzseher in %	4.2%	8.5%	4.2%	4.36%	4.36%				
Schwarzseher	126'246	265'943	131'411	133'613	143'231					
Radio	Ausgerüstete Haushalte (Schätzung)	3'095'201	3'095'301	3'161'760	3'145'674	3'372'120	66'559	159'887	226'446	
	Ausgerüstete Haushalte in %	94.10%	92.12%	94.10%	96.90%	96.90%				
	Gebührenzahler	2'666'984	2'666'984	2'726'347	2'688'288	2'883'968	59'363	136'317	195'680	33.1
	-davon Gebührenbereite	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000				
	- davon Gebührenbefreite EL (2005:5,1%; 2010: 6,3%)	146'149	146'149	146'149	181'699	194'779				
	- Total gebührenbefreite Haushalte	176'149	176'149	176'149	211'699	224'779				
	Gebührenpflichtige und -befreite Haushalte	2'842'467	2'842'467	2'902'496	2'899'987	3'108'747				
	Marktdurchdringung	91.8%	89.9%	91.8%	92.2%	92.2%				
	Schwarz Hörer in %	8.2%	10.1%	8.2%	7.8%	7.8%				
Schwarz Hörer	252'734	319'293	259'264	245'687	263'373					
<b>Total</b>									<b>88.6</b>	